

Beschluss

Dekolonialisierung von Naturschutz

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 10.04.2021

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Anträge

1 Die Kämpfe gegen die Biodiversitäts- und Klimakrise sind die größten Aufgaben
2 unserer Generation. Der Klimawandel trifft die Menschen am härtesten, die am
3 wenigsten dazu beigetragen haben. Für uns ist klar: Klimagerechtigkeit darf
4 keine leere Worthülse bleiben. Sowohl Natur- als auch Klimaschutz müssen stets
5 mit Menschenrechten konsequent zusammen gedacht werden.

6 Dabei dürfen jedoch internationaler Natur- und Klimaschutz nicht koloniale
7 Machtstrukturen verfestigen. Auf der nächsten IUCN Konferenz soll ein neues
8 Rahmenwerk zum Erhalt der Biodiversität (Global Biodiversity Framework, GBF)
9 beschlossen werden. In diesem Rahmen wird das auch von Deutschland unterstützte
10 Ziel formuliert, dass 30% der Erde bis zum Jahre 2030 in sogenannte
11 Schutzgebiete umgewandelt werden. Eine Vielzahl an Wissenschaftler*innen und
12 Nichtregierungsorganisationen warnen davor, dass diese Umsetzung zur massiven
13 Vertreibung von marginalisierten und indigenen Gemeinschaften führen wird. Die
14 Idee des sogenannten Festungsnaturschutzes, sowie die zunehmende Militarisierung
15 von Naturschutz basieren auf kolonialen und rassistischen Annahmen. Die Regionen
16 mit der größten Artenvielfalt weltweit sind indigene Territorien. Indigene
17 Gemeinschaften werden vertrieben und Richtlinien, wie die Notwendigkeit von
18 vorheriger Zustimmung, häufig missachtet. Statt koloniale Konzepte von
19 Schutzgebieten, in denen Mensch und Natur gegeneinander ausgespielt werden,
20 müssen wir echte Antworten auf die Klimakrise vorantreiben. Der Schutz indigener
21 Territorien ist dabei eine der wirksamsten Art und Weisen, die Biodiversität auf
22 diesem Planeten zu schützen.

23 Wir als GRÜNE JUGEND Hessen lehnen einen Natur- und Klimaschutz, welcher
24 koloniale Kontinuitäten reproduziert, klar ab und machen deutlich, dass echter
25 Schutz von Klima und biologischer Vielfalt nur gemeinsam mit den Menschen und
26 indigenen Gemeinschaften funktioniert. Wir fordern daher, dass das 30%-Ziel des
27 GBF durch strenge Schutzklauseln für Indigene und andere vom Land abhängige
28 Gemeinschaften flankiert wird. Die Einhaltung der Regeln ist dabei von
29 unabhängigen Stellen kontinuierlich zu evaluieren, die Auswirkungen auf die
30 lokale Bevölkerung durch die Ausweisung von Schutzgebieten wissenschaftlich zu
31 überprüfen. Die konsequente Dekolonialisierung von Natur- und Klimaschutz, sowie
32 die Überprüfung aller Maßnahmen auf koloniale Kontinuitäten und der Anpassung
33 dieser sind grundlegend. Zudem bekräftigen wir den Ansatz der Sustainable
34 Development Goals, vor Ort mit Klimaschutz anzufangen. Wir bekennen uns zum 1,5
35 Grad Ziel und genau deswegen ist es für uns elementar, dass Naturschutz,
36 Klimaschutz und Menschenrechte konsequent zusammengedacht werden.